

## 15. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### **Eine Zukunft für Berlin (VIII): Transparenz über Zuschussanteile schaffen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zu prüfen, inwieweit und in welcher Form für geeignete Leistungen des Landes Berlin und seiner Bezirke der Anteil der öffentlichen Zuschüsse öffentlich kenntlich gemacht werden könnte, z. B. für

- Eintrittsgelder und Entgelte für öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen des Landes Berlin,
- Nutzungs-, Miet- und Pachtverträge,
- den öffentlich geförderten Wohnungsbau,
- Leistungen des ÖPNV.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Mai 2006 zu berichten.

#### ***Begründung:***

Viele BürgerInnen wissen nicht, welche Leistungen oder welche Institutionen in welcher Höhe öffentlich gefördert werden. Die Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ empfiehlt die Ausweisung der Subventionen für öffentliche Leistungen für die BürgerInnen transparent zu machen. Damit könnte die Verwaltung im Sinne von Verbraucherinformationen deutlich machen, welche Kostanteile für die von ihr erbrachten oder geförderten Leistungen von öffentlicher Seite aufgebracht werden im Verhältnis zum Kostenanteil der BürgerInnen. Diese Informationen können als Grundlage für eine Diskussion über den Wert und die Qualität gemeinnütziger Leistungen dienen. Wenn BürgerInnen z. B. im Rahmen des Bürgerhaushalts nicht nur über Investitionen, sondern auch über die Qualität von Verwaltungsleistungen mitberaten sollen, brauchen Sie Informationen über die Kostenverteilung zwischen öffentlicher Hand und den NutzerInnen. Diese Informationen können auch die Wertschätzung von öffentlichen und gemeinnützigen Leistungen erhöhen.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.

Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Der Senat begrüßt in seiner Stellungnahme zum Abschlussbericht der Kommission dieses Anliegen zwar grundsätzlich, hält aber die Ausführung für sehr aufwendig. Gleichzeitig kündigt er an, er werde sich bemühen, die Transparenz über Zuschüsse und Zuweisungen gegenüber den politisch Verantwortlichen im Rahmen des Haushalts zu erweitern. Wenn diese Aufgabe gegenüber dem Parlament leistbar erscheint, stellt sich die Frage, warum die Öffentlichkeit nicht ebenso in geeigneter Form informiert werden kann.

Berlin, den 12. März 2006

Dr. Klotz Ratzmann Birk Esser  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen